

WAHLKREIS V Philosophie

1



Beste LANDEFELD

5. Sem. Literaturwiss.,
Dtsch. Philologie,
Soziologie;
Spartakus-AMS, DKP,
Fachschaftsrat Germanistik

2



Reiner LIEBAU

1. Sem. Psychologie,
Spartakus-AMS

3



Heike SCHOOP

4. Studiensem.; 4./1.
Sem. Germanistik, Anglistik / Soziologie;
Spartakus-AMS, 1 Sem.
Präsidium des Basisgruppenrates Germanistik,
2 Semester Fachschaftsrat Germanistik, FBR o7,
IR Germanistik

Gemeinsame Kandidatur
LANDEFELD, LIEBAU, SCHOOP, AHRENS, ASMUSSEN, KUHLMANN, WULFF

4



Heiner AHRENS

6. Studiensem.; 5.
Sem. Psychologie /
Pädagogik;
Spartakus-AMS, DKP,
Fachschaftsrat Psychologie (bis SS70)
Fachbereichsrat o5

5



Hans-Jörg ASMUSSEN

4. Studiensem.; 2.
Sem. Soziologie,
Psychologie;
DKP, Spartakus

6



Wilfried KUHLMANN

11. Studiensem.; 9.
Sem. Pädagogik, Germanistik;
Spartakus, DKP,
Fachschaftsrat Germanistik

7



Thorsten-Michael WULFF

6. Sem. Germanistik / Anglistik;
Fachschaftsrat Germanistik, Spartakus
(Assoziation Marxistischer Studenten)

Daß Wissenschaftspolitik und Hochschulplanung in der BRD Planung im Interesse der Monopole sind, daß die "Hochschulreform" nicht etwa als ein Entgegenkommen gegenüber studentischen Forderungen aufgefaßt werden kann, sondern als ein Versuch des staatsmonopolistischen Kapitalismus angesehen werden muß, den durch die wissenschaftlich-technische Revolution verschärften Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen systemimmanent zu lösen, daß diese "technokratische Hochschulreform" den Interessen sowohl des größten Teils der Studenten als auch denen der gesamten arbeitenden Bevölkerung diametral entgegengesetzt ist, und daß deshalb die Studenten ihre berechtigten sozialen und auf Veränderung der Lehrinhalte bezogenen Forderungen nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse und im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Strategie, die auf die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse abzielt, durchsetzen können, ist den meisten politisch aktiven Studenten im Verlauf der vergangenen Hochschulpolitik bewußt geworden.

Im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Strategie eines breit angelegten demokratischen Kampfes gegen die Formierungsbestrebungen des monopolkapitalistischen Staates, für die Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung in Staat und Gesellschaft, eines Kampfes, in dessen Verlauf immer größere Teile der Arbeiterklasse sich des wahren Charakters des kapitalistischen Systems und der Notwendigkeit seiner Überwindung bewußt werden sollen, verfolgt SPARTAKUS an der Hochschule das Ziel der DEMOKRATISCHEN UNIVERSITÄT. Darunter verstehen wir den Kampf gegen die Indienstnahme der Wissenschaft im Interesse der Monopole, gegen den beherrschenden Einfluß einer kleinen Schicht von Großkapitalisten auf Bildungs- und Wissenschaftsplanung, gegen die falschen (nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegenden) Prioritäten in der Wissenschaftsplanung, gegen die fest ausschließliche Vorherrschaft bürgerlicher Ideologien in den Gesellschaftswissenschaften (wozu auch die sog. Geisteswissenschaften zu zählen

Es dürfen maximal 8 Kandidaten angekreuzt werden. Stimmhäufung ist unzulässig.

71242

sind), gegen irrationale, faschistoide, antikomunistische und antidemokratische Lehren, für das Studium des Marxismus und die Einstellung marxistischer Lehren. Zum Kampf für die demokratische Universität gehört auch die Vertretung der sozialen Interessen der Studenten, die Unterstützung ihrer materiellen Forderungen nach einem besseren Stipendienwesen, nach besseren Studienbedingungen und nach bestmöglicher Qualifikation ihrer Arbeitskraft, sowie der Kampf gegen den W, der Ausdruck der Tatsache ist, daß das Recht auf Bildung in der BRD trotz veränderter Anforderungen der Produktivkräfte immer noch einer kleinen Schicht vorbehalten bleibt.

Um den Kampf für die demokratische Universität führen zu können, ist es notwendig, die verfaßten Organe der Studentenschaft (PS-Räte, Studentenparlament und Asta, auf Bundesebene den Vds) zu stärken. Der Asta ist für uns nicht lediglich technisches Instrument zur Verteilung von Geldern an irgendwelche unkontrolliert arbeitenden Gruppen, sondern die politische Interessenvertretung der Studentenschaft. Er hat die Funktion, PS-Räte und Basisgruppen in ihrem Kampf für die demokratische Universität zu unterstützen, seine Politik in Koordination mit den politischen Ansätzen auf Instituts- und Fachbereichsebene zu entwickeln und durchzuführen, Gesamtschulversammlungen zu fördern und zu initiieren und im Vds Projekte und Kampagnen, die der Aufklärung der Bevölkerung dienen und die kapitalistische Wissenschaftspraxis enttarnen zu unterstützen und mit zu organisieren (z.B. Projekt Kriegsforschung). Auch in die nach dem jetzigen Hochschulgesezt gültigen Einschnidungsstellen (Fachs, Institutsräte) müssen unsere demokratischen Forderungen einbezogen werden, wo möglich, im Bündnis mit Assistenten und progressiven Dozenten durchgesetzt werden. Darüberhinaus müssen wir eine Veränderung der Paritäten in den Einschnidungsstellen und/oder Einschnidungskompetenz für unparitätisch besetzte Kommissionen durchsetzen. Die zur Durchsetzung unserer Forderungen nötigen Kampfmethoden müssen von Fall zu Fall diskutiert und mit Hilfe des Asta entwickelt werden.

Über den Hochschulbereich hinaus muß der Asta Kontakt mit den politischen Organisationen wie der GdW aufnehmen. Er muß den Studenten bewußt machen, daß schon während des Studiums und erst recht später im Beruf die Organisation in einer Gewerkschaft in ihrem Interesse liegt, daß Studenten, zukünftige Wissenschaftler und zukünftige Lehrer, sich genauso wie Arbeiter gewerkschaftlich organisieren müssen, wenn sie Konflikt und Breitenwirkung ihrer politischen Arbeit gewährleisten wollen.

Über die Universität hinausgehende Öffentlichkeitsarbeit hat der Asta zu leisten durch gemeinsame Stellungnahmen und gemeinsame Kampagnen mit der GdW, mit Bürgerkomitees und mit den Organisationen der Arbeiterklasse (Dkr, Dkr, Lehrlingsorganisationen) sowie mit den Organisationen der Schüler und den Ästen anderer Hoch- und Fachschulen. (Beispiele: gemeinsame Stellungnahmen mit der GdW zur Bildungs- und Wissenschaftsplanung, gemeinsame Demonstrationen und Streiks von Lehrern, Schülern und Studenten, Teilnahme an der von AUSA u. SdW organisierten Kampagne für den Null-Parität, usw.) Wichtig dabei ist, daß unsere konkreten Forderungen über den Universitätsbereich hinaus verständlich sind, d.h., daß sie an vorhandene subjektive Bedürfnisse von Teilen der arbeitenden Bevölkerung anknüpfen.

Unsere Forderungen bewegen sich durchaus im Rahmen der formalen Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie. Wir gehen davon aus, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus mit einem konsequenten Demokratismus unvereinbar ist, so daß unser demokratischer Kampf notwendig an einem bestimmten Punkt eine sozialistische Qualität erhält. Diese erhält er keineswegs automatisch, sondern nur dadurch, daß die Erfahrungen, die in ihm gemacht werden, immer wieder und von Anfang an von uns marxistisch analysiert werden und den Beteiligten die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse theoretisch und praktisch bewußt gemacht wird.

WAHLKREIS V Philosophie

8



Günter HOPFENMÜLLER

10. Studiensem.; 8.Sem.
Französisch, Spanisch,
Philosophie;
WS 68/69 Phil.-Fak-
Sprecher, WS 68/69 bis
WS 69/70 AStA-Vorsit-
zender, IR-Rom., FBR-
Sprachwissenschaft, Ba-
sisgruppe Romanistik,
HSU

9



Michael DANIŁOW

2. Studiensem. 4. Sem.
Romanistik Germanistik
Basisgruppe Romanistik

10



Angelika MAU

3. Sem. Anglistik /
Pädagogik;
Basisgruppen

11



Angelika EBBINGHAUS

8.Sem. Psychologie;
AStA-Pressereferat
ab SS 70

14



Arnold SVENSSON

15. Sem. Germani-
stik, Sprachwissen-
schaft, Geschichte;
HSU, Mitglied des
Studentenparlaments
seit SS 1968, Fa-
kultätssprecher im
SS 1969, Stellver-
treter im Insti-
tutsrat Germanistik

Gemeinsame Kandidatur
HOPFENMÜLLER, DANIŁOW, MAU,
EBBINGHAUS, JOHANNSEN, NABEL,
SVENSSON

Die Funktion der Geisteswissenschaften besteht in der ideologischen Absicherung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. In den Köpfen positivistischer wie geistesgeschichtlicher Methodologen verflüchtigt sich die Historizität und gesellschaftliche Funktion ihres Gegenstands - hier der Verlust der gesellschaftlichen Totalität durch die Beschränkung auf Faktenhuberei, dort die Verdünnung konkreter ökonomischer Bedingungen zu einem allgemeinemenschlichen Brei.

Der Verzicht auf eine Theorie, die die augenblicklichen gesellschaftlichen Verhältnisse transzendiert, hat zur Folge, daß die in der Wissenschaft angelegten EMANZIPATORISCHEN MÖGLICHKEITEN verlorengehen.

Im Sozialisationsprozeß übt der Lehrer eine wichtige Funktion aus: er kann durch FACHSPEZIFISCHE SCHULUNG Verschleierungsmechanismen dieser Gesellschaft aufdecken und durch Beratung der Schulabgänger bei der Wahl des Arbeitsplatzes den Aufbau von Betriebszellen unterstützen. Auch für den Gymnasiallehrer wird diese letzte Funktion zunehmend wichtiger, da der Gymnasiallehrer die zukünftige technische Intelligenz ausbildet. Die technische Intelligenz wird zunehmend unter den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital subsumiert; dies verweist darauf, daß der Widerspruch zwischen ihr und dem Proletariat KEIN ANTAGONISTISCHER ist. Die relativ privilegierte Stellung der Lehrer, die heute noch weitgehend objektiv Handlungsfunktion für den Staatsapparat und die dahinter stehenden Kapitalinteressen erfüllen, steht ebenfalls NICHT in einem ANTAGONISTISCHEN WIDERSPRUCH ZUR ARBEITERKLASSE, da sie als Nicht-Besitzer von Produktionsmitteln objektiv kein Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise haben können. Um der hier skizzierten Rolle der Leh-

12



Margret JOHANNSEN

8.Sem. Politologie
6.Sem. Anglistik/
Soziologie;
HSU, Mitglied d.
SP seit WS 69/70,
Fakultätssprecher
im SS 69 u. WS 69/
70, Basisgruppe
Anglistik, FSR
Anglistik von SS
68 bis WS 69/70,
Fachbereichsrat
Sprachwissen-
schaften

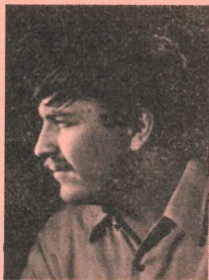
13



Sibylle NABEL

9. Sem. Soziologie,
Politik, Philoso-
phie;
SP

15



Gustav DIECKMANN

2. Sem. Geschichte, Politikwissenschaft;
Keine pol. Parteien,
Basisgruppe Geschichte

16



Horst KRULL

2. Sem. Germanistik,
Geschichte;
SPD, Amnesty International,
Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg,
Fachschaftsrat Geschichte, Projektgruppe
Griechenland, Basisgruppe Geschichte

17



Peter ROSENOW

2. Sem. Germanistik,
Geschichte;
Fachschaftsrat Geschichte, Basisgruppe
Geschichte, Projektgruppe
Griechenland, Projektgruppe Einführungskurse
in die Literaturwiss.

Gemeinsame Kandidaturbegründung DIECKMANN KRULL ROSENOW

Mehr denn je versuchen die staatlichen Instanzen, die Universität dem Profitinteresse der Unternehmer zu unterwerfen. Konkret zeigt sich diese Tendenz in Studienzeitbeschränkung, Numerus clausus, versteckten Zwischenprüfungen, manifestiert sich in Art und Aufbau der Studiengänge und in den Lehrinhalten. Ziel dieser technokratischen Hochschulreform ist die Produktion von unpolitischen und systemkonform verwertbaren Fachidioten.

Das Kandidatenkollektiv betrachtet das Studentenparlament als ein Instrument des organisierten Kampfes der politisch bewußten Studentenschaft gegen solche staatlichen Disziplinierungen. Um dies zu leisten, ist nach unserer Auffassung

ein transparent arbeitendes, mit der studentischen Basis eng verbundenes Parlament erforderlich. Deshalb sehen wir als wesentlichste Aufgaben unserer Arbeit im Parlament an:

1. Stärkung der Funktion des SP als Vermittlungsorgan zwischen AStA und studentischer Basis.
2. Erhaltung des SP als höchstes Organ der verfaßten Studentenschaft.
3. Absetzung des SP gegenüber Konzil und akademischen Senat als bloßen universitären Selbstverwaltungsorganen, in denen die studentischen Interessen nicht adäquat vertreten werden können.
4. Ausbau des SP zum Verbindungsglied zwischen den einzelnen Basis-, Projektgruppen und Fachschaftsräten als Grundvoraussetzung einer gemeinsamen sozialistischen Politik.

18



Ulrich BENTFELD

11. Sem. Germanistik, Literaturwissenschaft, Geschichte;
Seit Sommersemester 69 im Studentenparlament, Rcds,
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Fortsetzung meiner Arbeit zur Reform der Studentenvertretung. Statt vor den Problemen der Gegenwart in vage Utopien zu flüchten, müssen wir mitarbeiten, um die Probleme der Gegenwart und Zukunft in realistischer Einschätzung der Notwendigkeiten zu bewältigen. Das heißt: Mitzuwirken, daß die Universitäten endlich Schritt halten können mit der Verdreifachung der Abiturientenzahlen, daß sinnloser Traditionsballast durch praxisbezogenere Lehrinhalte ersetzt wird, daß Studium und spätere Weiterbildung aufeinander abgestimmt werden, daß nicht mehr wie bisher Prüfungen, statt des Studienganges entscheidend sind und schließlich, daß der Druck auf den Einzelstudenten nicht zunimmt. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir eine starke studentische Position, d.h. eine enge möglichst institutionelle Kooperation zwischen SP und studentischer Konzilsfraktion.

Gemeinsame Kandidatur TAIT, LEGLER, KANZOW, WORCH, MEYER-CHRISTIAN, MÖLLER

1



John TAIT

5. Sem. Erz.-Wiss. und Soziologie; AStA-Vorsitzender, Studentenparlament seit SS 69, Präsidium SP WS 69/70, Fachbereichsrat Erz.Wiss., SHB, Kandidatengemeinschaft der Basisgruppe Erz.-Wiss.

2



Wolfgang LEGLER

6. Studiensem.; 3. Sem. Erz.-Wiss. / bildnerisches Gestalten; SS 69, WS 69/70 AStA-Vorsitzender an der Hochschule f. Bildende Künste Kandidatengemeinschaft Erz.-Wiss.

3



Eckhard KANZOW

1. Sem. Erz.-Wiss.; Referent f. Ing.-u. Höhere Fachschulen der Bundesgeschäftsstelle der ESG (Aug. 67 bis Apr. 69), nichttheol. Mitarbeiter des Stud.pfarramtes d. ESG Hamburg (bis Nov. 69), Mitglied des SVI-Bundesvorstandes (bis Apr. 70), Kandidatengemeinschaft der Basisgruppe Erz.Wiss.

6

4



Klaus WORCH

9. Studiensem.; 4. Sem. Pädagogik, Sport; SHB, Fachschaft Sport SS 69 u. WS 69/70, Basisgruppe Sensomotorik

5



Heilwig MEYER-CHRISTIAN

9. Studiensem.; 5./9. Sem. Sport / Anglistik; Sachbearbeiterin im AStA-Hochschulreferat, Basisgruppe Anglistik, HSU



Ingo MÖLLER

2. Sem. Erz.-Wiss. und Soziologie; Sozialreferent der Fachschaft Erziehungswissenschaft, Kandidatengemeinschaft der Basisgruppe Erz.-Wiss.

I. DER GRIFF NACH DEM BILDUNGSWESEN

Des "progressive Kapital" der Großkonzerne muß sich, um seine Profitinteressen langfristig zu sichern, den gesamten Ausbildungssektor zunehmend verfügbar machen! In der SPD und der zentralen Technokratengruppe um Leussink hat es Bundesgenossen gefunden, die bereit sind, die dafür notwendigen "radikalen Reformen" zu verwirklichen:

- Kompression der Ausbildung durch Zeit- und Leistungsdruck - Abbau von produktiv nicht verwertbaren Wissensinhalten - vertikale Gliederung in Massen- und Elitestudium - Realisierung von "Chancengleichheit" durch Herabdrücken auf niedrigstes Ausbildungsniveau. Vorbild für solche Neuerungen sind die irrsinnigen Lernbedingungen der Ingenieurschulen, die eine überspitzte Vorwegnahme der hier genannten Reformkriterien darstellen. Diese Reformen sind nicht mehr durch personalisierte Kampagnen gegen Leussink, Kultubürokratie etc. zu verhindern, wie es ebenso nicht mehr ausreicht, durch Teilreformen Flickwerk zu betreiben. Stattdessen gilt es:

- allen Betroffenen die Zusammenhänge und Hintergründe aufzudecken und bewußt zu machen - durch Solidarität der Lernenden im Gesamtbildungssektor die von den Herrschenden verfolgte Selektionspolitik zu unterlaufen - in selbstbestimmter Gruppenarbeit alternative Lernprozesse zu ermöglichen, die die Fähigkeit zur Verhaltensänderung gegenüber fremdbestimmten Leistungskriterien, Anpassungsmechanismen, zwangsweise vermittelter Wissensgehalte und deren Funktionen befähigt.

II. INHALTE EINER PRAKTISCHEN ARBEIT AM PI

Die Frage nach dem möglichen Widerstand, den man diesen Planungen entgegensetzen kann, beantwortet sich dadurch, inwieweit es uns gelingt, eine größere Zahl von Kommilitonen zu politisieren und zu organisieren. Dazu müssen die von uns im vergangenen Semester ausgegangenen Initiativen wie

- Wernstreik - Gründung von kritischen Arbeitsgruppen - Zusammenarbeit mit Schülergruppen, Referendaren und Lehrern in ihrer Praxis einer Revision unterzogen werden. Wir müssen auch der Illusion entgegentreten, daß spektakuläre Aktionen (z.B. Streik) als Kampfperspektive gegen die Situation im Ausbildungssektor angegeben werden. Stattdessen gilt es, unserer Arbeit einen langfristigen Charakter zu geben. D.h. uns auf die Auseinandersetzungen in der Berufspraxis vorzubereiten und diese Fragen zum bestimmenden Faktor für die Auseinandersetzungen am PI zu machen. Dazu müssen die arbeitenden Gruppen, die an Problemen wie
- Sozialisationsfunktion der Schule (Anpassungsmechanismen) - technokratische Schulreform (Aufdeckung ökonomischer Hintergründe) - antiautoritäre Erziehung (alternatives Erziehungsmodell) - Vorbereitung kollektiver Praktika als erster Schritt auf dem Weg zur Organisation durch Fachschaft und Basisgruppe weiter unterstützt werden. Die Erfahrungen von zwei Semestern zeigen klar, daß die Fachbereichsgremien zum Teil wichtige Absicherungsfunktionen für diese Arbeit erfüllen konnten (autonome Seminare mit Scheinvergabe etc.).
- Wie sich eben am Zustandekommen der neuen Studienordnung gezeigt hat, die im Fachbereichsrat mit studentischer Beteiligung unter faktischem Ausschluß der Öffentlichkeit zur Verabschiedung vorbereitet wurde, lassen sich in diesen Gremien studentische Interessen nicht durchsetzen. Daraus folgt, daß die Realisierung unserer politischen Perspektive die Stärkung der autonomen Organe der Studentenschaft (Fachschaften, Studentenparlament und AStA) zur Voraussetzung hat.
- Es muß uns gelingen, über eine Strategie der gesellschaftskritischen Selbstorganisation der Lernenden die von dem kapitalistischen System den Lehrern abverlangte Tätigkeit der Herstellung abhängigen und angepaßten Schülerverhaltens zu unterlaufen!

WAHLKREIS VI Erziehungswissenschaften

Es dürfen maximal bis zu 7 Kandidaten angekreuzt werden. Stimmhäufung ist unzulässig.

Sabine AUFFERMANN

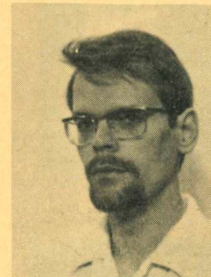
4. Sem. Erz.-Wiss. und Psychologie;
FSR-Erz.Wiss. SS 69,
Basisgruppe Pädagogik
seit WS 69/70, GEW,
Spartakus-AMS, DKP



7

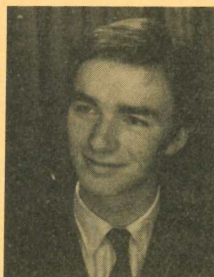
Peter BADEKOW

7. Sem. Pädagogik und Soziologie;
FSR WS 67/68 - WS 86/69
SP SS 69, GEW, IG-BSE,
Spartakus-AMS, DKP



8

9



Peter MAY

6. Sem. Psychologie;
1. Sem. Pädagogik;
Spartakus, SS 69 FSR
Psych.

10



Rainer NAUJOKS

7. Studiensem.; 3. Sem.
Erz.-Wiss./Soziologie;
Spartakus-AMS, Deutsche
Kommunistische Partei,
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft, Fach-
schaftsrat Erziehungswiss.
(VR) seit WS69/70

Gemeinsame Kandidatur AUFFERMANN, BADEKOW, MAY, NAUJOKS

Durch die Veränderungen in der materiellen Produktion wird es notwendig, auch die angrenzenden Bereiche grundlegend umzustrukturieren: Forschung, Ausbildungssektor. Heute ist die Wissenschaft zum ausschlaggebenden Moment in der Produktion geworden. Die Erkenntnis dieser Tatsache schlägt sich nieder in den Bemühungen von Monopolen und Großkonzernen um die Reform der Universität. UNSERE FORDERUNG HEISST DAGEGEN: "DEMOKRATISIERUNG DER UNIVERSITÄT!" Auf die Frage: Wem soll die Wissenschaft dienen? antworten wir: Die Wissenschaft muß frei werden für ihre Aufgabe, zu einer friedlichen gesellschaftlichen Entwicklung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung beizutragen. Nicht die Steigerung des Profits und der Macht des Großkapitals, sondern der Mensch und die Entfaltung seiner Persönlichkeit müssen im Mittelpunkt stehen und den Inhalt der Wissenschaft bestimmen.

SKANDAL NUMERUS CLAUSUS: Nach 20 Jahren CDU+ Politik im Interesse des Großkapitals: offizieller NC an 239 Ausbildungsstätten, verdeckter NC an zahlreichen anderen Instituten. Diesen Zustand begünstigt das kurzfristige Profitinteresse des Kapitals in Bezug auf billige, halbqualifizierte Fachkräfte. Er negiert a) die langfristig notwendige Nutzung aller Bildungsreserven zur Steigerung der Produktivität in einer technisierten Wirtschaft, b) das Grundrecht auf Bildung für Kinder aus Arbeiterfamilien, die sich aus finanziellen Gründen lange Wartezeiten nicht leisten können und die seit 1956 mit 6% in der Studentenschaft unterrepräsentiert sind. STATTDIESSEN FORDERN WIR: zur Finanzierung von Sofortmaßnahmen: 1. Kürzung des Rüstungsetats, 2. Progressive Besteuerung der Konzernprofite und Großvermögen der Großunternehmer. 3. Umle-

gung der Mittel für die Kriegsforschung. 4. Einsparung der Kosten für die Durchführung der Notstandsgesetze (Bunkerbau u.ä.)

IM SP WOLLEN WIR DAHER EINTRETEN FÜR: 1. Offenlegung aller Kapazitätsberechnungen der Bildungsplaner; 2. Musterprozesse gegen die grundgesetzwidrigen Zulassungsbeschränkungen; 3. Verbesserung der Sozialleistungen, familienunabhängige Studienförderung; 4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen an der Uni; 5. Gemeinsamer Kampf von Schülern, Studenten und Lehrern mit der Arbeiterjugend u. ihren Organisationen gegen reaktionäre Berufsausbildung, für gleiche Bildungschancen und gegen den beherrschenden Einfluß einer kleinen Schicht von Großkapitalisten im Bildungswesen.

WIR FORDERN: DEMOKRATISIERUNG STATT ZWANGSFÖRMIGUNG! Kampf den Leussinkischen Plänen der staatsmonopolistischen Regulierung des Bildungssystems. Statt Verlagerung der entscheidenden Fragen (wie: Neubau von Hochschulen, Zielrichtung des Studiums, Vergabe von Mitteln) direkt in Unternehmergremien und Steuerung des Studiums für die kurzfristigen Profitinteressen des Monopolkapitals - wirksame Mitbestimmung von Hochschulangehörigen und Arbeiterorganisationen bei Ausarbeitung der Forschungsschwerpunkte und Planung über Inhalt und Ziel der Ausbildung. UNSERE LOSUNG HEISST: WIR GEBEN KEINE POSITION FREIWILLIG PREIS! Kampf für die Erhaltung und Ausweitung der Rechte der verfaßten Studentenschaft, Stärkung bzw. Reorganisation der Fachschaften als politische Interessenvertretung der Studenten, für effektive Mitbestimmung in allen Gremien der Universität. WÄHLT DIE KANDIDATEN, DIE SICH KONSEQUENT FÜR DIE DEMOKRATISCHE HOCHSCHULE EINSETZEN! SPARTAKUS INS PARLAMENT!